



Geschäftsführung Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren

Herr Krämer

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-27447

E-Mail: sozialamt.ausschuss@stadt-koeln.de

Datum: 23.02.2024

Niederschrift (öffentlicher Teil)

über die **22. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren** in der Wahlperiode 2020/2025 am Donnerstag, dem 18.01.2024, 15:30 Uhr bis 19:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Daniel Bauer-Dahm	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Frau Mechthild Böll	Bündnis 90/Die Grünen Vertritt Frau Yazicioglu
Herr Dieter Gruner	Auf Vorschlag der CDU Wird ab 17:35 Uhr von Frau Sommer vertreten
Herr Floris Rudolph	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Timo Hilleke	Auf Vorschlag von Bündnis 90/Die Grünen
Herr Martin Erkelenz	CDU
Frau Ira Sommer	CDU Vertritt ab 17:35 Uhr Herrn Gruner
Herr Thomas Welter	CDU
Frau Katja Hoyer	Auf Vorschlag der FDP
Frau Cornelia Schmerbach	Auf Vorschlag der SPD
Frau Lena Teschlade	Auf Vorschlag der SPD
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE
Frau Jennifer Glashagen	VOLT

Beratende Mitglieder

Herr Matthias Büschges	AfD Vertritt Frau Dworeck-Danielowski
Herr Daniel Gojic	Auf Vorschlag von Die FRAKTION
Frau Monika Dierksmeier	Auf Vorschlag von Bündnis 90/Die Grünen
Frau Monika Reisinger	Auf Vorschlag von Bündnis 90/Die Grünen
Herr Rainer Stuhlweißenburg	Auf Vorschlag der CDU

Herr Dietmar Ciesla-Baier	Auf Vorschlag der SPD
Herr Friedrich-Wilhelm Hilgers	Auf Vorschlag der SPD
Herr Daniel Rogge	Auf Vorschlag der SPD
Herr Benedikt Liefertz	Auf Vorschlag der FDP
Frau Sieglinde Eich-Ganske	Auf Vorschlag von VOLT
Herr Jan Schlagenhaut	Auf Vorschlag von GUT
Herr Peter Krücker	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Herr Marc Ruda	Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln
Frau Ulrike Volland-Dörmann	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.
Frau Dr. Christiane Köhler	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Martina Schönhals	Diakonisches Werk Köln und Region gGmbH vertritt Herrn Zeyßig
Herr Christof Wild	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Kreisgruppe Köln e.V. vertritt Frau Reischauer
Herr Frank Feles	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behinderten- politik vertritt Herrn Intveen

Verwaltung

Frau Bettina Baum	Amtsleiterin, Amt für Integration und Vielfalt
Frau Dr. Sabine Eichberg	Abteilungsleiterin Gesundheitsplanung, Gesundheitsamt
Frau Isabel Goretzki	Assistentin der Amtsleiterin, Amt für Wohnungswesen
Frau Ursula Hähner	Stellvertretende Amtsleiterin, Amt für Soziales, Arbeit und Senioren
Frau Barbara Horstmann	Fachreferentin Dez. V, Amt der Oberbürgermeisterin
Frau Heike Kerscher	Amtsleiterin, Amt für Wohnungswesen
Frau Sabine Mendez	Vertreterin der Geschäftsführung des Jobcenters Köln
Herr Stefan Müller	Stellvertretender Amtsleiter, Amt für Wohnungswesen
Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau	Dezernent für Soziales, Gesundheit und Wohnen
Frau Sara Sadeghzadeh	Assistentin der Amtsleiterin, Amt für Soziales, Arbeit und Senioren
Herr Leander Schulte	Fachliche Steuerung & Grundsatzangelegenheiten, Amt der Oberbürgermeisterin
Frau Vanessa Weller	Fachreferentin, Dezernat für Soziales, Gesundheit und Wohnen
Herr Kai Maltzen	Fachplanung für Senior*innen und Menschen mit Behinderungen, Amt für Soziales, Arbeit und Senioren

Gäste

Robert Meseke	Bereichsleiter Omnikanal, Sparkasse KölnBonn
Herr Ulrich Voigt	Vorsitzender des Vorstands, Sparkasse KölnBonn
Frau Melissa Bommert	Ombudsstelle für Flüchtlingsfragen

Schiffführung

Herr Thomas Krämer

Amt für Soziales, Arbeit und Senioren

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Dilan Yazicioglu

Bündnis 90/Die Grünen
wird vertreten von Frau Böll

Beratende Mitglieder

Frau Iris Dworeck-Danielowski

Auf Vorschlag der AfD
wird vertreten von Herrn Büschges

Frau Fatima Remli

Auf Vorschlag von DIE LINKE

Herr Jörg Zeyßig

Diakonisches Werk Köln und Region gGmbH
wird von Frau Schönhals vertreten

Frau Carine Weber

Auf Vorschlag des Integrationsrates

Frau Inge Linne

Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Eva-Maria Hefner

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband e.V.

Frau Marita Bosbach

Deutsches Rotes Kreuz

Frau Alice Rennert

Caritasverband Köln e.V.

Frau Petra Gehrken

Seniorenvertretung der Stadt Köln

Frau Sigita Gelbach

Auf Vorschlag des Integrationsrates

Frau Sophie Sänger

Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik

Herr Ausschussvorsitzender Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen) eröffnet um 15:30 Uhr die Sitzung und teilt mit, dass die Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren nunmehr im Internet live gestreamt würden und nach Beendigung der Sitzung die Aufzeichnung in einer Mediathek bereitgestellt würden.

Er begrüßt die Besucher*innen, die Zuschauer*innen im Live-Stream, die anwesenden Mitglieder des Ausschusses sowie die Gäste, die Vertreter*innen der Verwaltung und die Vertreter*innen der Presse.

Vor Eintritt in die Debatte zur Festlegung der Tagesordnung bittet der **Ausschussvorsitzende Herr Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen)** für die Gäste **Herrn Voigt (Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse KölnBonn)** und Herrn Meseke (Bereichsleiter Omnikanal Marketing der Sparkasse KölnBonn) ein Rede- und Teilnahmerecht auch für den nicht öffentlichen Teil zu gewähren und lässt hierüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Für **Frau Bommert** (Ombudsstelle für Flüchtlingsfragen) ist ein Rederecht für den öffentlichen Teil zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Der **Ausschussvorsitzender Herr Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen)** teilt mit, dass von Seiten der Verwaltung zu der am 09.01.2024 verschickten Tagesordnung folgende Zusetzungen erfolgten:

I. Öffentlicher Teil

- 4.5 Zusätzliche Hilfen für obdachlose Menschen - Förderprogramm "Weiterentwicklung der Kölner Hilfen für Menschen im Kontext Obdachlosigkeit", hier: 3. Maßnahmenbewilligung
0073/2024
Nachtrag 4, zugesetzt 10.01.2024

TOP 4.5: Zusätzliche Hilfen für obdachlose Menschen - Förderprogramm "Weiterentwicklung der Kölner Hilfen für Menschen im Kontext Obdachlosigkeit", hier: 3. Maßnahmenbewilligung
Änderungsantrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, und Die LINKE vom 18.01.2024
AN/0108/2024
Nachtrag 13, zugesetzt 13.01.2024

- 5.6 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Trierer Str. o. Nr., 50674 Köln-Neustadt/Süd - Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss
3371/2023
Nachtrag 5, zugesetzt 11.01.2024

- 9.1 Bericht des Jobcenter Köln
0113/2024
Nachtrag 3, zugesetzt 10.01.2024

Beantwortung der schriftlichen Anfrage der SPD-Fraktion vom 13.11.2023 aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren vom 16.11.2023 betreffend Armut in Köln: Entwicklung Köln-Pass AN/1971/2023
0111/2024
Nachtrag 1, zugesetzt 09.01.2024

- 10.2.2 veraltete Richtlinie zur Berücksichtigung der Bedarfe für Unterkunft und Heizung (BfU) im SGB II
Anfrage der Fraktion Die Linke vom 15.01.2024
AN/0062/2024
Nachtrag 9, zugesetzt 16.01.2024

- 10.2.3 Anfrage der GOL zum Thema "Senior*innenNetzwerke / Offene Altenarbeit"
AN/0045/2024
Nachtrag 11, zugesetzt 17.01.2024 - Tischvorlage
- 12.5 Mehrsprachige Veranstaltungsreihe zu Gesundheitsthemen für Senior*innen
mit internationaler Familiengeschichte durch die Interkulturellen Zentren der
Stadt Köln
0051/2024
Nachtrag 2, zugesetzt 10.01.2024
- 12.6 Umgang mit Nutzungsgebührenrückständen von städtisch untergebrachten
Geflüchteten
0153/2024
Nachtrag 6, zugesetzt 11.01.2024
- 12.7 Stand der Umsetzung der Handlungsempfehlungen im Rahmen der Evalua-
tion des Drogenhilfekonzeptes
4169/2023
Nachtrag 7, zugesetzt 12.01.2024
- 12.8 Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik 2023 vergeben
0120/2024
Nachtrag 8, zugesetzt 12.01.2024
- 12.9 Neuauflage der Broschüre „Wegweiser Wohnen in Köln,“
3120/2023
Nachtrag 10, zugesetzt 16.01.2024
- 12.10 Fortführung der präventiven Hilfen zur Vermeidung eines Wohnungsverlustes
(3201/2023)
0252/2024
Nachtrag 12, zugesetzt 18.01.2024, Tischvorlage

Der Antrag unter **TOP 3.2** AN/1290/2023 Weitere Schließung von Sparkassen Filialen in der Stadt Köln ablehnen wurde von der Antragstellerin zurückgezogen.

Die Verwaltung hat die Vorlage 2690/2023 Änderung der Satzungen der Stadt Köln vom 18.07.2018 über die Errichtung und Unterhaltung und die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Einrichtungen für obdachlose Personen unter **TOP 5.3** zurückgezogen.

Der **Ausschussvorsitzende Herr Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen)** teilt mit, dass die Tagesordnungspunkte **TOP A**, **TOP 3.3**; **TOP 10.1.2** und **TOP 10.2.1** im nicht öffentlichen Teil behandelt werden, aber bereits zu Beginn der Sitzung aufgerufen werden sollten, da der Vorsitzende des Vorstandes der Sparkasse KölnBonn einen Folgetermin habe.

Er schlägt vor, **TOP 10.1.6** und **TOP 12.2** vorzuziehen und TOP 12.3 zusammen mit TOP B zu behandeln, da **Frau Dr. Eichberg (Gesundheitsamt)** hierzu Fragen beantworten könne. Er bittet **TOP 5.1** wegen bestehendem Beratungsbedarf in die nächste Sitzung zu schieben.

Zu **TOP 3.1** habe die Verwaltung eine Mitteilung angekündigt, so dass er vorschläge, auch diesen TOP zusammen mit **TOP 10.1.1** in die nächste Sitzung des Ausschusses zu schieben.

Herr Erkelenz (CDU) bittet **TOP 5.5** wegen Beratungsbedarfs in die nächste Sitzung des Ausschusses zu schieben.

Herr Detjen (Die Linke) bittet **TOP 12.6** und **TOP 12.10** in die nächste Sitzung des Ausschusses zu schieben.

Abstimmung über die Festsetzung der Tagesordnung

Einstimmig zugestimmt.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Mündlicher Bericht zu den Plänen zur Ausgestaltung des Filialnetzes der Sparkasse KölnBonn im Kölner Stadtgebiet
Herrn Voigt, Vorsitzender des Vorstandes der Sparkasse KölnBonn
Im Rahmen der Festsetzung der Tagesordnung wurde beschlossen, den TOP A der Tagesordnung unter TOP N A im nicht öffentlichen Teil der Tagesordnung zu behandeln.

B Aufwertung des Neumarkts
Eine Erläuterung zum aktuellen Sachstand
Herr Schulte, Amt der Oberbürgermeisterin - Fachliche Steuerung und Frau Dr. Eichberg, Gesundheitsamt, Abteilungsleitung Gesundheitsplanung

C Mündlicher Bericht des Beigeordneten für Soziales, Gesundheit und Wohnen
Herrn Dr. Rau

D Mündlicher Bericht der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Köln - Liga Wohlfahrt Köln
Frau Volland-Dörmann (Arbeiterwohlfahrt Köln)

1 Gleichstellungsrelevante Themen

1.1 Beantwortung der schriftlichen Anfrage der SPD Fraktion vom 30.08.2023 für die Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung von Frauen und Männern am 04.12.2023 zum Thema: „Arbeitsmarktintegration und Bleiberechte von geflüchteten Frauen“ (AN/1547/2023)
3747/2023

2 Integration und Vielfalt

- 2.1 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften
 - 2.1.1 Anregung der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik betreffend Senior*in-
nenticket
3860/2023
- 2.2 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 3.1 Wohnungs- und Obdachlosigkeit bekämpfen – passgenaue Wohnraumversorgung für Familien in Wohnungsnot vorhalten
Antrag der SPD-Fraktion vom 23.03.2023
AN/0797/2023
zurückgestellt
- 3.2 Weitere Schließung von Sparkassen Filialen in der Stadt Köln ablehnen
Antrag von Dr. Christiane Köhler, Sachkundige Einwohnerin vom 31.07.2023
AN/1290/2023
Von der Antragstellerin zurückgezogen
- 3.3 Präsenz der Sparkasse KölnBonn im Stadtgebiet Köln
Antrag der sachkundigen Einwohnerin im Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren Dr. Köhler vom 02.01.2024
Im Rahmen der Festsetzung der Tagesordnung wurde beschlossen, den TOP 3.3 der Tagesordnung unter TOP 13.1 im nicht öffentlichen Teil der Tagesordnung zu behandeln.

4 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 4.1 Verteilung der Fördermittel 2024 "SeniorenNetzwerke / Offene Altenarbeit"
3448/2023
- 4.2 Verteilung der Globalmittel 2024 an die Wohlfahrtsverbände
3377/2023
- 4.3 Anregung der Bezirksvertretung Porz aus ihrer Sitzung am 30.11.2023, TOP 8.13 mit der Bitte an den Sozialausschuss, eine Verbraucherberatungsstelle im Quartier in Porz ab 2025 zu beschließen
4080/2023
- 4.4 Förderung Frauenberatungsstelle Paula e.V. 2024
3815/2023

- 4.5 Zusätzliche Hilfen für obdachlose Menschen - Förderprogramm "Weiterentwicklung der Kölner Hilfen für Menschen im Kontext Obdachlosigkeit", hier: 3. Maßnahmenbewilligung
0073/2024

TOP 4.5: Zusätzliche Hilfen für obdachlose Menschen - Förderprogramm "Weiterentwicklung der Kölner Hilfen für Menschen im Kontext Obdachlosigkeit", hier: 3. Maßnahmenbewilligung
Änderungsantrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, und Die LINKE vom 18.01.2024
AN/0108/2024

5 Ausschussempfehlungen an den Rat

- 5.1 Strategische Sozialplanung - Herausforderungen und Ziele
Die Anlage 1 wurde am 02.08.2023 als Sammelumdruck verschickt. Bitte halten Sie die Unterlagen zur Sitzung bereit.
4069/2022
- 5.2 Auf dem Ginsterberg 2 - 34 in 50737 Köln Weidenpesch:

Abriss und Neubau von 15 ein- und zweigeschossigen Einfamilienhäusern sowie Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zur Zukunft des bestehenden Mehrfamilienhauses
2814/2023
- 5.3 Änderung der Satzungen der Stadt Köln vom 18.07.2018 über die Errichtung und Unterhaltung und die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Einrichtungen für obdachlose Personen
2690/2023
- 5.4 Aufwandsneutrale Gewährung von Sachkosten aus städtischen Mitteln für das Case Management des Kommunalen Integrationsmanagements (KIM)
2725/2023
- 5.5 Erweiterung des „Aufsuchende Suchtclearing (ASC)“ in Köln sowie Ergänzung des Förderprogramms "Niedrigschwellige Suchthilfe"
1630/2023
zurückgestellt
- 5.6 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Trierer Str. o. Nr., 50674 Köln-Neustadt/Süd - Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss
3371/2023

6 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

7 Aktuelle Situation von Geflüchteten in Köln

- 7.1 Mindeststandards zur Betreuung Geflüchteter – Fortführung der Maßnahmen bis 31.12.2024 nach Beschluss durch den Rat der Stadt Köln
4137/2023
- 7.2 40. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln
4165/2023

8 Wohnen

9 Jobcenter Köln

- 9.1 Bericht des Jobcenter Köln
0113/2024

10 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 10.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen
- 10.1.1 Obdach- und Wohnungslosigkeit bekämpfen: Wie viele wohnungslose Familien werden in Köln in Beherbergungsbetrieben wie Hotels untergebracht?
Anfrage der SPD-Fraktion vom 22.04.2023
AN/1060/2023
zurückgestellt
- 10.1.2 Filialschließungen der Stadtparkasse KölnBonn – Auswirkungen auf ältere Kundinnen und Kunden
Anfrage der sachkundigen Einwohnerin Frau Dr. Köhler vom 01.08.2023
Im Rahmen der Festsetzung der Tagesordnung wurde beschlossen, den TOP 10.1.2 der Tagesordnung unter TOP 16.1.1 im nicht öffentlichen Teil der Tagesordnung zu behandeln.
- 10.1.3 Sommerhilfe für wohnungslose Kölnerinnen und Kölner
Anfrage der FDP-Fraktion vom 11.08.2023
AN/1370/2023
- Beantwortung der schriftlichen Anfrage der FDP-Fraktion vom 11.08.2023 aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren vom 17.08.2023 betreffend Sommerhilfe für wohnungslose Kölnerinnen und Kölner (AN/1370/2023)
4167/2023
- 10.1.4 Kosten der Unterkunft: Was ist angemessener Wohnraum in Köln?
Anfrage der SPD-Fraktion vom 13.11.2023
AN/1972/2023

Beantwortung der schriftlichen Anfrage der SPD-Fraktion vom 13.11.2023 (AN/1972/2023) betreffend "Kosten der Unterkunft: Was ist angemessener Wohnraum in Köln?
3930/2023

- 10.1.5 Armut in Köln: Entwicklung Köln-Pass
Anfrage der SPD-Fraktion vom 13.11.2023
AN/1971/2023

Beantwortung der schriftlichen Anfrage der SPD-Fraktion vom 13.11.2023 aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren vom 16.11.2023 betreffend Armut in Köln: Entwicklung Köln-Pass AN/1971/2023
0111/2024

- 10.1.6 Mündliche Anfrage von Frau Glashagen aus der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 25.04.23 betreffend Vorlage 0637/2023: Sanierung Drogenkonsumraum am Hauptbahnhof
3437/2023

10.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen

- 10.2.1 Auswirkungen auf die dezentrale Versorgung mit Geld, insbesondere für die ältere Kundschaft
Anfrage der sachkundigen Einwohnerin Dr. Köhler vom 02.01.2024
Im Rahmen der Festsetzung der Tagesordnung wurde beschlossen, den TOP 10.2.1 der Tagesordnung unter TOP 16.2.1 im nicht öffentlichen Teil der Tagesordnung zu behandeln.

- 10.2.2 veraltete Richtlinie zur Berücksichtigung der Bedarfe für Unterkunft und Heizung (BfU) im SGB II
Anfrage der Fraktion Die Linke vom 15.01.2024
AN/0062/2024
zurückgestellt

- 10.2.3 Anfrage der GOL zum Thema "Senior*innenNetzwerke / Offene Altenarbeit"
AN/0045/2024
zurückgestellt

11 Mündliche Anfragen

12 Mitteilungen

- 12.1 Inklusionsbericht 2022
2879/2023

- 12.2 Mitteilung zu Standort und Betrieb des Drogenkonsumraums Mülheim
1159/2023

- 12.3 Aufwertung des Neumarkts – Aktueller Stand
3751/2023
- 12.4 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Lachemer Weg 11, 50737 Köln-Longerich - Haushaltsrechtliche Unterrichtung gem. § 25 I Nr. 2 KomHVO i. V. m. § 12 der Haushaltssatzung
3283/2023
- 12.5 Mehrsprachige Veranstaltungsreihe zu Gesundheitsthemen für Senior*innen mit internationaler Familiengeschichte durch die Interkulturellen Zentren der Stadt Köln
0051/2024
- 12.6 Umgang mit Nutzungsgebührenrückständen von städtisch untergebrachten Geflüchteten
0153/2024
zurückgestellt
- 12.7 Stand der Umsetzung der Handlungsempfehlungen im Rahmen der Evaluation des Drogenhilfekonzeptes
4169/2023
- 12.8 Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik 2023 vergeben
0120/2024
- 12.9 Neuauflage der Broschüre „Wegweiser Wohnen in Köln,“
3120/2023
zurückgestellt
- 12.10 Fortführung der präventiven Hilfen zur Vermeidung eines Wohnungsverlustes (3201/2023)
0252/2024

II. Nicht öffentlicher Teil

- N A Mündlicher Bericht zu den Plänen zur Ausgestaltung des Filialnetzes der Sparkasse KölnBonn im Kölner Stadtgebiet

13 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 13.1 Präsenz der Sparkasse KölnBonn im Stadtgebiet Köln
AN/0002/2024

**14 **Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes
Nordrhein-Westfalen****

15 **Ausschussempfehlungen an den Rat**

**16 **Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des
Rates****

16.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen

16.1.1 Filialschließungen der Stadtparkasse KölnBonn – Auswirkungen auf ältere
Kundinnen und Kunden
AN/1304/2023

16.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen

16.2.1 Auswirkungen auf die dezentrale Versorgung mit Geld, insbesondere für die
ältere Kundschaft
AN/0003/2024

17 **Mündliche Anfragen**

18 **Mitteilungen**

19 **Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**

I. Öffentlicher Teil

A Mündlicher Bericht zu den Plänen zur Ausgestaltung des Filialnetzes der Sparkasse KölnBonn im Kölner Stadtgebiet Herrn Voigt, Vorsitzender des Vorstandes der Sparkasse KölnBonn

Im Rahmen der Festsetzung der Tagesordnung wurde beschlossen, den TOP A der Tagesordnung unter TOP N A im nicht öffentlichen Teil der Tagesordnung zu behandeln.

B Aufwertung des Neumarkts Eine Erläuterung zum aktuellen Sachstand Herr Schulte, Amt der Oberbürgermeisterin - Fachliche Steuerung und Frau Dr. Eichberg, Gesundheitsamt, Abteilungsleitung Gesundheitsplanung

Herr Schulte (Amt der Oberbürgermeisterin) erläutert anhand einer Präsentation die vorgesehenen Maßnahmen zur Aufwertung des Neumarkts.

Frau Dr. Eichberg (Gesundheitsamt der Stadt Köln) geht in ihren Ausführungen auf die bereits durchgeführten Maßnahmen der Betreuung und aufsuchenden Beratung von Drogenabhängigen im Bereich des Neumarktes und deren künftigen Ausweitung ein. Beide beantworten die von den Mitgliedern des Ausschusses vorgebrachten Fragen.

Herr Schulte (Amt der Oberbürgermeisterin) wird für die Mitglieder des Ausschusses eine Skizze zur zukünftigen, groben Platzaufteilung erstellen. *(Anmerkung der Schriftführung: Die Skizze ist als Anlage 1 der Niederschrift beigefügt.)*

Zur Kenntnis genommen.

C Mündlicher Bericht des Beigeordneten für Soziales, Gesundheit und Wohnen Herr Dr. Rau

Herr Dr. Rau (Beigeordneter für Soziales, Gesundheit und Wohnen) geht in seinem Bericht besonders auf die vielschichtigen Herausforderungen des Jahres 2024 und deren Auswirkungen auf die Gestaltung der Sozialpolitik in Köln ein. Insbesondere die Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel und die Haushaltsplanungen 2025 ff. werde wohl Konsolidierungen im sozialen Bereich notwendig machen. Die Herausforderung, die zur Verfügung gestellten Mittel zielgerichtet und effizient einzusetzen, müsse hier im Mittelpunkt stehen.

Zur Unterbringung von Geflüchteten führt **Herr Dr. Rau (Beigeordneter für Soziales, Gesundheit und Wohnen)** aus, dass sich die Situation hinsichtlich der Unterbringung von Geflüchteten zwar gefühlt entspannt habe, aber durch ein vermehrtes Zukommen von geflüchteten Menschen, auch nach Nordrhein-Westfalen, Auswirkungen auf die Unterbringungsquote festzustellen seien. Zusätzlich zu den Menschen, welche direkt nach Köln kommen, werden nun auch deutlich ansteigende Zuweisungen durch das Land NRW erfolgen. Die Bemühungen der Verwaltung, Unterkünfte für diese Menschen zu schaffen, seien durch die Maßnahmen des Amtes für Wohnungswesen erfolgreich.

Hinsichtlich der Situation im Bereich Wohngeld erläutert **Herr Dr. Rau (Beigeordneter für Soziales, Gesundheit und Wohnen)**, dass zu den Auswirkungen der Wohngeldnovelle zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren ein ausführlicher Bericht vorgelegt werde. Die im Bereich der Wohngeldbewilligung vorgenommenen Stellenzusetzungen würden sich zwischenzeitlich positiv bemerkbar machen, auch wenn noch ein Bearbeitungsstau von 12.000 Anträgen zu bewältigen sei. Derzeit betrage die Bearbeitungsdauer für neu gestellte Anträge auf Wohngeld ca. 17 Wochen. Vorrangig bearbeitet würden hier Anträge, bei welchen die Gefahr bestehe, dass Antragstellende in eine Notlage geraten könnten. Nachteilig ausgewirkt habe sich das Auslaufen des von der Bundesregierung bei der Verabschiedung des „Wohngeld Plus“-Gesetzes beschlossenen Moratoriums zur zweiten Jahreshälfte 2023, wonach keine Vorrangprüfung von Leistungen nach dem SGB II vorgenommen werden mussten. Die Prüfung müsse nun wieder zwingend durchgeführt werden.

Herr RM Detjen (Die Linke) merkt an, dass hier Druck gemacht werden müsse, um die Finanzierung der pflichtigen Aufgaben, sowohl im Sozial- als auch im Schulbereich künftig zu gewährleisten.

Zur Kenntnis genommen.

**D Mündlicher Bericht der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Köln - Liga Wohlfahrt Köln
Frau Volland-Dörmann (Arbeiterwohlfahrt Köln)**

Frau Volland-Dörmann (Arbeiterwohlfahrt Köln) teilt mit, dass die Arbeiterwohlfahrt Köln zum 01.01.2024 die Federführung der Liga Köln übernommen habe, und sie nunmehr für das Jahr 2024 in enger Abstimmung mit der Liga für die Liga Wohlfahrt Köln berichten werde.

Sie führt aus, dass in den Debatten zur Sozialpolitik wieder mehr die Chancen von kluger und partizipativer Sozialpolitik in den Mittelpunkt gestellt werden müssten. Sozialpolitik müsse wieder als solche erkennbar werden und dürfe nicht als Lastenpolitik verstanden werden. Gute Sozialpolitik sei Stadtentwicklungspolitik, welche das Ziel habe, das Gemeinwesen zu befrieden, Partizipation für alle Generationen und alle Menschen zu ermöglichen. Hierauf sei angesichts der aktuellen Situation in 2024 ein größeres Augenmerk zu richten.

Zum Optimismus gebe es keine Alternative und die anstehenden und sicherlich herausfordernden Aufgaben des Jahres 2024 müssten gemeinsam und auf Augenhöhe angepackt und immer mit dem Ziel getragen werden, gemeinsam tragfähige Lösungen herbei zu führen, eine nachhaltige Chancengleichheit, Gerechtigkeit und insbesondere den sozialen Frieden zu sichern.

Die Freie Wohlfahrtspflege Köln stehe hier an der Seite der Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren und der Sozialverwaltung und hoffe, dass dies von deren Seite auch so gesehen werde.

Zur Kenntnis genommen.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

1.1 Beantwortung der schriftlichen Anfrage der SPD Fraktion vom 30.08.2023 für die Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung von

Frauen und Männern am 04.12.2023 zum Thema: „Arbeitsmarktintegration und Bleiberechte von geflüchteten Frauen“ (AN/1547/2023) 3747/2023

Frau Hoyer (FDP) bittet die Verwaltung um Auskunft darüber, von welchem Zeitraum bei Integration in Arbeit ausgegangen werden müsse.

Frau Mendez (Jobcenter Köln) erläutert, dass im Rahmen des „Job-Turbos“ die Idee verfolgt werde, Menschen schneller in Arbeit zu bringen und dass das Vermitteln der deutschen Sprache in Kursen parallel verlaufen solle. Die Erfahrungen aus den Jahren 2015/2016 aus dem „Integration-Point“ hätten gezeigt, dass diese Menschen mit über 50 Prozent im Arbeitsmarkt angekommen seien. Momentan werden Arbeitgeber*innen aktiviert und ermutigt, auch Arbeitnehmer*innen einzustellen, welche die deutsche Sprache noch nicht auf diesem Niveau beherrschen. Ebenso gelte es die Arbeitnehmer*innen zu ermuntern, sich, auch wenn Sprachbarrieren bestehen, am Arbeitsmarkt zu bewerben. Wie dies gelingen werde, würden die künftigen Monate zeigen.

Zur Kenntnis genommen.

2 Integration und Vielfalt

2.1 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

2.1.1 Anregung der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik betreffend Senior*innenticket 3860/2023

Frau Dr. Köhler (Seniorenvertretung) begründet die Anregung der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik auf Bereitstellung kostenloser Tickets für die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik mit einer notwendigen Anerkennung der Arbeit der von der Stadtgesellschaft frei gewählten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik und einer Gleichbehandlung mit den gewählten Mitgliedern des Rates und der Bezirksvertretungen. Sie bittet einen entsprechenden Prüfauftrag an die Verwaltung zu geben.

Die Anregung zur Einführung eines günstigen ÖPNV-Tickets für Senior*innen im Verkehrsverbund VRS begründet **Frau Dr. Köhler (Seniorenvertretung)** damit, dass es bereits vergünstigte Deutschland-Tickets für andere Gruppen, wie zum Beispiel Schüler*innen und Student*innen gebe und auch einige Bundesländer oder Verkehrsverbünde vergünstigte Deutschland-Tickets für Senior*innen anbieten würden. Sie verweist hierzu auf Anlage 1 der Anregung der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik.

Frau Eich-Ganske (Volt) teilt mit, dass das Gestaltungsbündnis aus Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt die Auffassung der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik zur Gleichbehandlung der von der Stadtbevölkerung gewählten Mitglieder der Seniorenvertretung mit den gewählten Mitgliedern des Rates und der Bezirksvertretungen hinsichtlich der Bereitstellung eines kostenlosen KVB-Tickets teile. Sie ergänzt den zu berücksichtigenden Personenkreis um die von der Stadtbevölkerung gewählten Mitglieder des Integrationsrates. Hier solle eine entsprechende Gleichbehandlung erfolgen, sofern dies finanziell darstellbar sei.

Hinsichtlich der Einführung eines vergünstigten Deutschland-Tickets für Senior*innen teile das Bündnis die Auffassung der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik nicht,

da hier nicht nach Altersgruppen, sondern nach den finanziellen Möglichkeiten der Nutzer*innen des ÖPNV differenziert werden müsse. Hier gebe es mit dem Köln-Pass bereits die Möglichkeit, ein vergünstigtes Deutschland-Tickets unabhängig vom Alter zu nutzen.

Der **Ausschussvorsitzende Herr RM Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen)** fasst den Beschlussvorschlag zusammen:

Punkt A: Ablehnung durch das Bündnis, da eine Förderung sich an der sozialen Bedürftigkeit und nicht am Alter orientieren sollte.

Punkt B: Erteilen eines Prüfauftrages an die Verwaltung, ob ein Ticket für alle von den Bürger*innen und Einwohner*innen mandatierten Menschen in den Gremien der Stadt Köln möglich wäre.

Herr Hilgers (SPD) teilt mit, dass die Forderung nach einer Gleichbehandlung der von der Bevölkerung mandatierten Mitglieder der Seniorenvertretung und des Integrationsrates hinsichtlich eines kostenlosen Tickets, wie dies bei gewählten Mitgliedern des Rates und der Bezirksvertretungen bereits praktiziert werde, schon lange in der Diskussion sei und diese von Seiten der SPD nachhaltig unterstützt werde.

Hinsichtlich der Kosten eines Tickets für den ÖPNV sei eine Orientierung an den Ermäßigungsstrukturen des Deutschlandtickets sinnvoll. Durch das 49-Euro-Ticket sei eine deutliche Verbesserung für alle, die mit dem ÖPNV unterwegs seien, erreicht worden. Dieser Vorteil verpuffe aber bei denjenigen, welche es finanziell am nötigsten hätten, da auf Landesebene eine Vergünstigung von 49 Euro auf 39 Euro nicht ausreichend sei.

Frau Hoyer (FDP) bittet, bei der Formulierung eines Prüfauftrages an die Verwaltung zu beachten, dass sich dieser „auf die übrigen, direkt gewählten und den Bürger*innen bzw. Einwohner*innen mandatierten Mandatsträger in Köln“ bezieht. Es gelte hier genau abzugrenzen, wer zu diesem Personenkreis gehöre.

Herr Feles (Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik) bittet die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaften Behindertenpolitik und Queerpolitik entsprechend den Ratsmitgliedern und den Mitgliedern der Bezirksvertretungen mit einem solchen Ticket auszustatten. Dies würde das ehrenamtliche Engagement der in diese Gremien entsandten Mitglieder würdigen.

Herr Ausschussvorsitzende Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen) teilt mit, dass es sich bei der Vorlage um eine Mitteilung handele, bei welcher keine Abstimmung notwendig sei. Er konkretisiert die Formulierung des Prüfauftrages an die Verwaltung:

*„Der Ausschuss bittet die Verwaltung zu prüfen, ob den von den Bürger*innen und Einwohner*innen der Stadt Köln direkt gewählten Mitgliedern der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik und des Integrationsrates ein solches Ticket analog zu den Tickets, welche von der Stadtverwaltung für die Ratsmitglieder und Bezirksvertreter*innen ausgestellt werden, gewährt werden kann.“*

Die Anregung der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik zur Einführung eines vergünstigten Sozialtickets für Senior*innen im Verkehrsverbund VRS (Anlage 1 der Anregung der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik) wird vom Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren zur Kenntnis genommen.

Entscheidung:

Die Anregung der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik zur **Einführung eines vergünstigten Sozialtickets für Senior*innen im Verkehrsverbund VRS** (Anlage 1 der Anregung der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik) wird vom Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren zur Kenntnis genommen.

Die Anregung der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik auf **Erweiterung des Personenkreises, welcher durch die Stadtverwaltung mit einem kostenlosen Ticket zur Nutzung der KVB ausgestattet wird** (Anlage 2 und 3 der Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik), nimmt der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren zur Kenntnis.

Der Ausschuss bittet die Verwaltung zu prüfen, ob den von den Bürger*innen und Einwohner*innen der Stadt Köln direkt gewählten-Mitgliedern der Seniorenvertretungen und den Mitgliedern des Integrationsrates ein solches Ticket analog zu den Tickets, welche von der Stadtverwaltung für die Ratsmitglieder und Bezirksvertreter*innen ausgestellt werden, gewährt werden kann.

Zur Kenntnis genommen.

2.2 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

Herr Ausschussvorsitzender RM Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen) teilt mit, dass die Behindertenbeauftragte der Stadt Köln an der heutigen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren nicht teilnehmen könne.

Sache ist erledigt.

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

3.1 Wohnungs- und Obdachlosigkeit bekämpfen – passgenaue Wohnraumversorgung für Familien in Wohnungsnot vorhalten Antrag der SPD-Fraktion vom 23.03.2023 AN/0797/2023

Im Rahmen der Festsetzung der Tagesordnung zurückgestellt.

3.2 Weitere Schließung von Sparkassen Filialen in der Stadt Köln ablehnen Antrag von Dr. Christiane Köhler, Sachkundige Einwohnerin vom 31.07.2023 AN/1290/2023

Von der Antragstellerin zurückgezogen.

3.3 Präsenz der Sparkasse KölnBonn im Stadtgebiet Köln Antrag der sachkundigen Einwohnerin im Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren Dr. Köhler vom 02.01.2024

Im Rahmen der Festsetzung der Tagesordnung wurde beschlossen, den TOP 3.3 der Tagesordnung unter TOP 13.1 im nicht öffentlichen Teil der Tagesordnung zu behandeln.

4 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**4.1 Verteilung der Fördermittel 2024 "SeniorenNetzwerke / Offene Altenarbeit"
3448/2023**

Frau Dierksmeier (Bündnis 90/Die Grünen) und Herr Wild (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Kreisgruppe Köln e.V.) mahnen eine Förderung der Interkulturellen Zentren im Bereich der Interkulturellen Senior*innen an.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren beschließt, von dem im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, Zeile 15, Transferaufwendungen, für das Haushaltsjahr 2024 veranschlagten Teilansatz „Z für Seniorennetzwerke, Offene Altenarbeit und Seniorenkoordination“ einen Teilbetrag von 2.535.047 €, wie in Anlage 1 und 2 zu dieser Beschlussvorlage dargestellt, zu verwenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.2 Verteilung der Globalmittel 2024 an die Wohlfahrtsverbände
3377/2023**

Herr Detjen (Die Linke) teilt mit, der Vorlage zuzustimmen und merkt an, dass eine Steigerung um 2 Prozent nicht ausreichend sei.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren beschließt im Haushaltsjahr 2024 die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Köln gemäß der beigefügten Anlage 1 zu fördern (Globalmittel einschließlich Zweckzuschüsse für besondere Aufgaben).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.3 Anregung der Bezirksvertretung Porz aus ihrer Sitzung am 30.11.2023, TOP 8.13 mit der Bitte an den Sozialausschuss, eine Verbraucherberatungsstelle im Quartier in Porz ab 2025 zu beschließen
4080/2023**

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren nimmt den Beschluss der Bezirksvertretung Porz aus ihrer Sitzung vom 30.11.2023 zur Kenntnis und beschließt, diesen zur Prüfung im Rahmen der anstehenden Vertragsverhandlungen und vorbe-

haltlich der zusätzlich erforderlichen Finanzmittel an die Fachverwaltung weiterzugeben. Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren und die Bezirksvertretung Porz sind über das Ergebnis der Prüfung in Kenntnis zu setzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.4 Förderung Frauenberatungsstelle Paula e.V. 2024 3815/2023

Frau Hoyer (FDP) bittet den Beschluss dem Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern zur Kenntnis zu geben.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales, Seniorinnen und Senioren beschließt die Freigabe der Haushaltsmittel zur Förderung des Vereins Paula e. V. in Höhe von 50.000 € im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, im Haushaltsjahr 2024.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.5 Zusätzliche Hilfen für obdachlose Menschen - Förderprogramm "Weiterentwicklung der Kölner Hilfen für Menschen im Kontext Obdachlosigkeit", hier: 3. Maßnahmenbewilligung 0073/2024

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren beschließt die Freigabe der im Haushaltsplan 2023/2024 in Teilergebnisplan 1005, Leistungen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit, in der Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen als „Zusätzliche Hilfen für obdachlose Menschen“ veranschlagten Mittel sowie deren Verwendung gemäß Anlage 1 in Höhe von 11.300,00 Euro befristet bis zum 31.03.2024.

Der Don Bosco Club erhält einen Zuschuss i.H.v. 22.000€ (Januar – März 2024) für Tagesangebote und weitergehende begleitende Hilfen für die Jugendlichen in der Notschlafstelle.

**TOP 4.5: Zusätzliche Hilfen für obdachlose Menschen - Förderprogramm "Weiterentwicklung der Kölner Hilfen für Menschen im Kontext Obdachlosigkeit", hier: 3. Maßnahmenbewilligung
Änderungsantrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, und Die LINKE vom 18.01.2024
AN/0108/2024**

Herr Rudolph (Bündnis 90/Die Grünen) begründet den Änderungsantrag zur Vorlage und bittet die Verwaltung zu Punkt 2 des Änderungsantrages um Auskunft darüber, ob beim Don Bosco Club die ausfallende Finanzierung durch das Jobcenter durch den LVR übernommen werde. Er bittet über beide Punkte des Änderungsantrages separat abzustimmen.

Frau Hähler (stellvertretende Amtsleiterin, Amt für Soziales, Arbeit und Senioren) appelliert zu Punkt 1 des Änderungsantrages an die Mitglieder des Ausschusses, dass die Förderung des kulturellen Ansatzes für die drei Monate ein sehr wichtiger Teil sei, um die Teilhabe der Menschen zu aktivieren. Hier stehe das „*Miteinander Agieren*“ im Vordergrund. Es sei davon auszugehen, dass dies eine positive Auswirkung auf das soziale Verhalten der Menschen im Kontext Obdachlosigkeit habe und eine Möglichkeit biete, aus ihren Problemlagen heraus etwas ganz anderes zu machen. Der zweite Aspekt dieses Appells sei, dass in diesen drei Monaten die Chance gegeben werde, dieses Projekt mit den beteiligten Menschen zu einem guten Abschluss zu führen. In anderen Kommunen zeige sich, dass ein solches Projekt sehr wirksam sei. Sie bitte daher, dieses Projekt für die drei Monate weiter zu fördern.

Frau Teschlade (SPD) teilt mit, dass dies ein gutes Projekt sei.

Frau Hoyer (FDP) erinnert daran, dass bereits in einer vorausgegangenen Vorlage eine Förderung des Projektes Drugland Theatre beschlossen wurde. Es sei nur schwer vermittelbar, warum nun keine Förderung mehr vorgenommen werden solle. Zu Punkt 2 merkt sie an, dass nicht klar sei, ob hier eine Förderung im Zusammenhang Obdachlosigkeit oder der vom Jobcenter wegfallenden Förderung im kulturellen Bereich stattfinde. Andererseits stünden die finanziellen Mittel durchaus zur Verfügung, da Förderungen in diesem Bereich noch nicht abgerufen worden seien. Sie könne sich vorstellen, beiden Förderungen zuzustimmen und begrüßt eine punktweise Abstimmung.

Frau Glashagen (Volt) bittet die Verwaltung um Auskunft darüber, ob 2023 tatsächlich nur 30 Prozent der veranschlagten Summe ausbezahlt wurden und bittet das Thema Obdachlosigkeit und nicht das Alter der Menschen bei einer Förderung zu berücksichtigen. Sie bittet die Verwaltung hier nach Wegen zu suchen, an die Träger*innen heranzutreten und für eine Förderung in diesem Bereich zu werben.

Herr Rudolph (Bündnis 90/Die Grünen) macht darauf aufmerksam, dass in diesem Jahr, anders als in der Vergangenheit, der Fokus auf den tatsächlichen Förderungsgrund der Obdachlosigkeit zu konzentrieren sei. Dies schließe kulturelle Punkte nun mehr aus als zuvor. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei aber bereit, den Punkt 1 aus dem Änderungsantrag zu streichen.

Herr Detjen (Die Linke) bedankt sich bei **Herrn Rudolph (Bündnis 90/Die Grünen)** und schließt sich dem Vorschlag Punkt 1 aus dem Änderungsantrag zu streichen an. Er halte es für vernünftig, wenn die bei den vom Bündnis und der Verwaltung zu entwickelnden Grundsätze der Förderungen in diesem Bereich sich nicht zu sehr auf kleinteilige Projekte fokussieren. Eine strukturelle und langfristige Projektförderung sei hier einer kleinteiligen Förderung vorzuziehen.

Frau Hoyer (FDP) bedankt sich bei **Herr Rudolph (Bündnis 90/Die Grünen)** und zeigt sich überzeugt, dass eine Zusammenarbeit hier den Projekten dienlich sei.

Herr Ausschussvorsitzender Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen) fasst zusammen und erläutert, dass nunmehr über die Ursprungsvorlage der Verwaltung mit der Ergänzung um Punkt 2 aus dem Änderungsantrags abzustimmen sei.

Beschluss:

- ~~1. Das gemäß Anlage 1 für einen Zuschuss i.H.v. 8.900€ vorgeschlagene Projekt Drugland Theatre, Antragsteller Producing Sibylle wird nicht gefördert.~~

2. Der Don Bosco Club erhält einen Zuschuss i.H.v. 22.000€ (Januar – März 2024) für Tagesangebote und weitergehende begleitende Hilfen für die Jugendlichen in der Notschlafstelle.

Abstimmungsergebnis:

I. Abstimmung über den Änderungsantrag AN/0108/2023:

Übernahme des Punktes 2 aus dem Änderungsantrag in den Beschluss der Verwaltungsvorlage 0073/2023.

Einstimmig zugestimmt.

II. Abstimmung über die geänderte Verwaltungsvorlage 0073/2023:

Einstimmig zugestimmt.

5 Ausschussempfehlungen an den Rat

- 5.1 **Strategische Sozialplanung - Herausforderungen und Ziele**
Die Anlage 1 wurde am 02.08.2023 als Sammelumdruck verschickt. Bitte halten Sie die Unterlagen zur Sitzung bereit.
4069/2022

Im Rahmen der Festsetzung der Tagesordnung zurückgestellt.

5.2 Auf dem Ginsterberg 2 - 34 in 50737 Köln Weidenpesch:

Abriss und Neubau von 15 ein- und zweigeschossigen Einfamilienhäusern sowie Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zur Zukunft des bestehenden Mehrfamilienhauses
2814/2023

Herr Erkelenz (CDU) teilt mit, dass die CDU die Vorlage außerordentlich begrüße und heute auch zustimmen werde, weist aber darauf hin, dass voraussichtlich im Bauausschuss ein Änderungsantrag dahingehend, dass auch eine extreme Vergabe geprüft werde, zu erwarten sei. Hier seien alle Möglichkeiten, auch externe Kompetenzen, zu nutzen.

Der Ausschuss Soziales, Seniorinnen und Senioren empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, Planungen für den Rückbau der 15 ein- und zweigeschossigen Einfamilienhäuser auf dem städtischen Grundstück Auf dem Ginsterberg 6-34 in 50737 Köln- Weidenpesch, Gemarkung Longerich, Flur 7, Flurstück 513, aufzunehmen.
2. Ferner wird die Verwaltung beauftragt, Planungen für die Errichtung von 15 Einfamilienhäusern im freifinanzierten Wohnungsbau im Passivhausstandard vorzunehmen.
3. Zusätzlich ist von der Verwaltung eine Machbarkeitsstudie hinsichtlich der wirtschaftlichen Gegenüberstellung einer Sanierung des auf demselben Flurstück

befindlichen Mehrfamilienhauses im Bestand und einer Niederlegung mit anschließendem Neubau unter der Erfüllung der Voraussetzung des § 35 Abs. 4 BauGB in der Kubatur des Bestandsgebäudes durchzuführen.

Sofern eine Sanierung des Mehrparteienhauses baurechtlich möglich ist, wird die Sanierungsmaßnahme als Alternative zu dem Neubauvorhaben im folgenden Baubeschluss dargestellt.

4. Dazu ermächtigt der Rat die Verwaltung, die erforderlichen Planungsleistungen der Leistungsphasen 1 – 3 auf Basis der HOAI – Gebührenordnung - zu beauftragen sowie die vorab notwendigen Gutachten (Statik, Boden-, Schadstoff-, Lärmschutz, Verkehr etc.) einzuholen.
Die voraussichtlichen Aufwendungen für die Vorplanungen des Rückbaus der 15 Einfamilienhäuser betragen rund 48.000 € brutto.
Die prognostizierten Planungskosten zu den Neubauten der 15 Einfamilienhäuser, dem Neubau des Mehrfamilienhauses bzw. der Sanierungsmaßnahme betragen insgesamt rund 1,08 Mio. € brutto. Der Betrag beinhaltet bereits die in Auftrag zu gebende Machbarkeitsstudie.
5. Gleichzeitig werden die investiven Auszahlungsermächtigungen für die Planung der Vorhaben in entsprechender Höhe im Teilfinanzplan des Amtes für Wohnungswesen in der Produktgruppe 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei der Finanzstelle 5620-1004-5-5254 – Neubau Auf dem Ginsterberg 2-34, freigegeben.
6. Der Rat erkennt in diesem Zusammenhang den Bedarf für die externen Beauftragungen der Leistungsphase 1-9 an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.3 Änderung der Satzungen der Stadt Köln vom 18.07.2018 über die Errichtung und Unterhaltung und die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Einrichtungen für obdachlose Personen 2690/2023

Von der Verwaltung zurückgezogen.

5.4 Aufwandsneutrale Gewährung von Sachkosten aus städtischen Mitteln für das Case Management des Kommunalen Integrationsmanagements (KIM) 2725/2023

Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt ab 01.01.2024

die Gewährung von Sachkosten für die Träger des KIM Case Managements im Rahmen der Mittelverwendung aus den zur Verfügung stehenden städtischen

Mitteln in Höhe von maximal 11.000 € jährlich pro Trägerstelle für das Case Management in KIM (Baustein 2). Die Inanspruchnahme für Sachkosten ist nur dann möglich, wenn die Mittel nicht vorrangig für Personalkosten eingesetzt werden müssen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.5 Erweiterung des „Aufsuchende Suchtclearing (ASC)“ in Köln sowie Ergänzung des Förderprogramms "Niedrigschwellige Suchthilfe" 1630/2023

Im Rahmen der Festsetzung der Tagesordnung zurückgestellt.

5.6 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Trierer Str. o. Nr., 50674 Köln-Neustadt/Süd - Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss 3371/2023

Frau Dr. Köhler (Seniorenvertreterin) begrüßt das Bauen von neuen Wohnungen im öffentlich geförderten Wohnungsbau, um den dort bestehenden großen Bedarf zu mindern. Sie bittet die Verwaltung um Auskunft darüber, um wie viele Wohneinheiten es gehe und wann mit einer Fertigstellung zu rechnen sei.

Frau Teschlade (SPD) lobt das Projekt, da das Bauen im öffentlich geförderten Wohnungsbau immer eine Forderung der Sozialdemokratie sei und ausdrücklich gewünscht werde.

Frau Glashagen (Volt) bittet die Verwaltung um Auskunft darüber, welche Möglichkeiten bestünden, um solche Projekte zu beschleunigen.

Frau Kerscher (Amtsleiterin Amt für Wohnungswesen) erläutert, dass das Projekt noch am Anfang stehe und noch kein gültiger Bebauungsplan bestünde. Dieses Verfahren laufe gerade parallel. Daher wurde in der Vorlage auch dargestellt, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht bestimmt werden könne, wie viele Wohneinheiten tatsächlich entstehen werden. Der Ausschuss wird selbstverständlich über die weiteren Planungen informiert, sobald hier Fortschritte gemacht werden.

Sie bedankt sich für das Lob zu diesem Projekt und weist auf den dringenden Bedarf von öffentlich gefördertem und bezahlbarem Wohnungsbau in der Stadt Köln hin. In diesem Projekt sei eine integrative Drittelbelegung vorgesehen, welche insbesondere Menschen zugutekomme, welche derzeit in den Unterkünften der Stadt Köln untergebracht seien. Für eine soziale Teilhabe sei Wohnraum und nicht eine „Unterbringung auf langer Strecke“ eine Grundvoraussetzung. Dies helfe auch wohnungslosen oder von Obdachlosigkeit bedrohten Menschen, die insgesamt Schwierigkeiten hätten, Zugang zu Wohnraum zu finden. Dieses Projekt diene auch dazu, Segregation im Stadtviertel entgegen zu wirken. Der Fokus beim letzten Drittel bei der integrativen Belegung solle auf dringend Wohnungssuchende im Stadtbezirk liegen, um Menschen die Möglichkeit zu geben, in ihrem Quartier zu bleiben.

Zur Dauer des Projektes bittet **Frau Kerscher** zu bedenken, dass sich vorgegebene Vergabeverfahren, auf welche die Stadtverwaltung keine Einflussmöglichkeiten habe, wesentlich auf die Dauer eines solchen Projektes auswirken. Ebenso müsse bei den Planungen auch immer wieder auf externe Expertise zurückgegriffen werden.

Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, Planungen für den Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Trierer Str. o. Nr. in 50674 Köln-Neustadt/Süd, Gemarkung Köln, Flur 34, Flurstück 621 aufzunehmen. Das Gebäude wird im energetischen Passivhausstandard geplant und ausgeführt.

Dazu ermächtigt der Rat die Verwaltung, die erforderlichen Planungsleistungen der Leistungsphasen 1 – 3 auf Basis der HOAI – Gebührenordnung - zu beauftragen sowie die vorab notwendigen Gutachten (Statik, Boden-, Schadstoff-, Lärmschutz, Verkehr etc.) einzuholen.

Die voraussichtlichen Planungskosten für den Neubau des Mehrfamilienhauses betragen für die Leistungsphasen 1-3 HOAI rund 605.000 € brutto

Gleichzeitig werden die investiven Auszahlungsermächtigungen für die Planung in entsprechender Höhe im Teilfinanzplan des Amtes für Wohnungswesen in der Produktgruppe 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei der Finanzstelle 5620-1004-1-5127 – Neubau Trierer Str., freigegeben.

Der Rat erkennt in diesem Zusammenhang den Bedarf für die externen Beauftragungen der Leistungsphase 1-9 an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

7 Aktuelle Situation von Geflüchteten in Köln

7.1 Mindeststandards zur Betreuung Geflüchteter – Fortführung der Maßnahmen bis 31.12.2024 nach Beschluss durch den Rat der Stadt Köln 4137/2023

Frau Böll (Bündnis 90/Die Grünen) begrüßt die Fortführung der Maßnahme auch für das Jahr 2024, macht aber darauf aufmerksam, dass es sich um absolute Mindeststandards handele und es unerlässlich sei, diese Maßnahme ab dem Jahr 2025 zu verstetigen.

Herr Detjen (Die Linke) bittet die Verwaltung um Auskunft darüber, ob eine Verstetigung der Maßnahme in den Planungen für den Haushaltsansatz für 2025 ff. berücksichtigt werde.

Herr Beigeordneter Dr. Rau teilt mit, dass derzeit der Beginn des Haushaltsaufstellungsverfahrens anstehe und macht darauf aufmerksam, dass die Aufgabenstellung von Seiten der Kämmerin an das Dezernat für Soziales, Gesundheit und Wohnen neue Ausgaben komplett ausschließen würden. Dies betreffe auch das Streichen von vorhandener Ausgaben. Eine Verstetigung kann daher an dieser Stelle nicht zugesagt werden.

Frau Baum (Amtsleiterin Amt für Integration und Vielfalt) schließt sich den Ausführungen von **Herrn Dr. Rau** an.

Zur Kenntnis genommen.

**7.2 40. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln
4165/2023**

Zur Kenntnis genommen.

8 Wohnen

9 Jobcenter Köln

**9.1 Bericht des Jobcenter Köln
0113/2024**

Herr Hilleke (Bündnis 90/Die Grünen) lobt die gute Kommunikation zwischen den Trägern und Jobcenter und begrüßt die Entscheidung des Jobcenters Köln, die Jugendbüros weiter aufrecht zu erhalten.

Herr Detjen (Die Linke) bittet, die Situation des Jobcenters Köln gegenüber dem Bund hinsichtlich der gewährten Mittel zu erläutern und bittet um Auskunft über die nun tatsächlich durchgeführten und beabsichtigten Streichungen der Finanzmittel des Bundes im Bereich Jobcenter darzulegen.

Frau Mendez (Jobcenter Köln) führt aus, das am 18.01.2024 auf Ebene des Bundes die Haushaltsbereinigungssitzung stattfinde. Hier ruhe die Hoffnung auf der tatsächlichen Umsetzung der Ankündigung, zusätzlich 600 Millionen Euro an die Jobcenter zu verteilen. Dies bedeute aber nicht, dass Haushaltsmittel in gleicher Höhe wie 2023 zur Verfügung stünden. Die Entscheidung des Jobcenters Köln, was in welchem Umfang gefördert werden könne, war, wie von **Frau Würker (Geschäftsführerin Jobcenter Köln)** in einer früheren Sitzung bereits dargestellt, ein schwieriger Prozess. Wichtig war hierbei, dass unterjährig für alle Kund*innen Angebote bereitgehalten werden konnten und dass für alle Bedarfe, welche die Kund*innen geltend machen, ein möglichst breites Angebot bestehen bliebe. Ebenso seien auch Angebote, bei welchen eine vertragliche Bindung bestehe, weiterhin aufrecht zu erhalten.

Zur Kenntnis genommen.

10 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen

10.1.1 Obdach- und Wohnungslosigkeit bekämpfen: Wie viele wohnungslose Familien werden in Köln in Beherbergungsbetrieben wie Hotels untergebracht?

**Anfrage der SPD-Fraktion vom 22.04.2023
AN/1060/2023**

Zurückgestellt. Eine Beantwortung durch die Verwaltung steht aus.

10.1.2 Filialschließungen der Stadtsparkasse KölnBonn – Auswirkungen auf ältere Kundinnen und Kunden
Anfrage der sachkundigen Einwohnerin Frau Dr. Köhler vom 01.08.2023

Im Rahmen der Festsetzung der Tagesordnung wurde beschlossen, den TOP 10.1.2 der Tagesordnung unter TOP 16.1.1 im nicht öffentlichen Teil der Tagesordnung zu behandeln.

10.1.3 Sommerhilfe für wohnungslose Kölnerinnen und Kölner
Anfrage der FDP-Fraktion vom 11.08.2023
AN/1370/2023

Die Beantwortung der Verwaltung liegt vor.

Beantwortung der schriftlichen Anfrage der FDP-Fraktion vom 11.08.2023 aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren vom 17.08.2023 betreffend Sommerhilfe für wohnungslose Kölnerinnen und Kölner (AN/1370/2023)
4167/2023

Zur Kenntnis genommen.

10.1.4 Kosten der Unterkunft: Was ist angemessener Wohnraum in Köln?
Anfrage der SPD-Fraktion vom 13.11.2023
AN/1972/2023

Die Beantwortung der Verwaltung liegt vor.

Beantwortung der schriftlichen Anfrage der SPD-Fraktion vom 13.11.2023 (AN/1972/2023) betreffend "Kosten der Unterkunft: Was ist angemessener Wohnraum in Köln?"
3930/2023

Zur Kenntnis genommen.

10.1.5 Armut in Köln: Entwicklung Köln-Pass
Anfrage der SPD-Fraktion vom 13.11.2023
AN/1971/2023

Die Beantwortung der Verwaltung liegt vor.

Beantwortung der schriftlichen Anfrage der SPD-Fraktion vom 13.11.2023 aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren vom 16.11.2023 betreffend Armut in Köln: Entwicklung Köln-Pass AN/1971/2023
0111/2024

Herr Hilgers (SPD) bittet um Auskunft darüber, ob ein gültiger Bescheid über den Bezug von Transferleistungen oder Wohngeld zur Beantragung eines ermäßigten

Deutschlandtickets Sozial NRW ausreichend sei. Hinsichtlich des Kreises der Berechtigten für das ermäßigte Deutschlandticket Sozial des Landes NRW regt er an, den Personenkreis der Rentner*innen zu erfassen, welche eine sehr geringe Rente bezögen und nicht steuerpflichtig seien, um diesen Personenkreis darüber zu informieren, dass diese einen Anspruch auf das Deutschlandticket Sozial des Landes NRW hätten.

Frau Hähner (stellvertretende Amtsleiterin Amt für Soziales, Arbeit und Senioren) bestätigt, dass zur Antragstellung des Deutschlandtickets Sozial des Landes NRW ein gültiger Bescheid über Transferleistungs- oder Wohngeldbezug ausreichend sei. Hinsichtlich des Personenkreises der Rentner*innen mit geringer Rente, welche keine Steuererklärung abgeben müssten, teilt Frau Hähner mit, dass es derzeit keine Möglichkeit gebe, diesen Personenkreis zu identifizieren.

Zur Kenntnis genommen.

10.1.6 Mündliche Anfrage von Frau Glashagen aus der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 25.04.23 betreffend Vorlage 0637/2023: Sanierung Drogenkonsumraum am Hauptbahnhof 3437/2023

Die Beantwortung der Verwaltung liegt vor.

Zur Kenntnis genommen.

10.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen

**10.2.1 Auswirkungen auf die dezentrale Versorgung mit Geld, insbesondere für die ältere Kundschaft
Anfrage der sachkundigen Einwohnerin Dr. Köhler vom 02.01.2024**

Im Rahmen der Festsetzung der Tagesordnung wurde beschlossen, den TOP 10.2.1 der Tagesordnung unter TOP 16.2.1 im nicht öffentlichen Teil der Tagesordnung zu behandeln.

**10.2.2 veraltete Richtlinie zur Berücksichtigung der Bedarfe für Unterkunft und Heizung (BfU) im SGB II
Anfrage der Fraktion Die Linke vom 15.01.2024
AN/0062/2024**

Zurückgestellt. Eine Beantwortung durch die Verwaltung steht aus.

**10.2.3 Anfrage der GOL zum Thema "Senior*innenNetzwerke / Offene Altenarbeit"
AN/0045/2024**

Zurückgestellt. Eine Beantwortung durch die Verwaltung steht aus.

11 Mündliche Anfragen

Mündliche Anfragen werden nicht vorgebracht.

12 Mitteilungen

12.1 Inklusionsbericht 2022 2879/2023

Herr Liefertz (FDP) zeigt sich enttäuscht darüber, dass die Einstellungsquote bei Menschen mit Behinderung so gering sei. Er bittet die Verwaltung um Auskunft über die Gründe.

Frau Baum (Amtsleiterin Amt für Integration und Vielfalt) sagt eine Beantwortung durch die Verwaltung zu.

Frau Teschlade (SPD) bittet die Anfragen der SPD zu dieser Vorlage im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales auch dem Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren zur Kenntnis zu geben.

Herr Feles (Stadt AG Behindertenpolitik) bittet auch die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik über die Beantwortung in Kenntnis zu setzen.

Herr Ausschussvorsitzender Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen) bittet künftig eine Kapitelzusammenfassung in leichter Sprache zu erstellen.

Zur Kenntnis genommen.

12.2 Mitteilung zu Standort und Betrieb des Drogenkonsumraums Mülheim 1159/2023

Zur Kenntnis genommen.

12.3 Aufwertung des Neumarkts – Aktueller Stand 3751/2023

Zur Kenntnis genommen.

12.4 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Lachemer Weg 11, 50737 Köln-Longe- rich - Haushaltsrechtliche Unterrichtung gem. § 25 I Nr. 2 KomHVO i. V. m. § 12 der Haushaltssatzung 3283/2023

Zur Kenntnis genommen.

12.5 Mehrsprachige Veranstaltungsreihe zu Gesundheitsthemen für Se- nior*innen mit internationaler Familiengeschichte durch die Interkulturel- len Zentren der Stadt Köln 0051/2024

Zur Kenntnis genommen.

**12.6 Umgang mit Nutzungsgebührenrückständen von städtisch untergebrachten Geflüchteten
0153/2024**

Wegen Beratungsbedarf zurückgestellt.

**12.7 Stand der Umsetzung der Handlungsempfehlungen im Rahmen der Evaluation des Drogenhilfekonzeptes
4169/2023**

Zur Kenntnis genommen.

**12.8 Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik 2023 vergeben
0120/2024**

Frau Baum (Amtsleiterin Amt für Integration und Vielfalt) lädt die Mitglieder Ausschusses ein, sich die Projekte, welche im Jahr 2023 diesen Preis erhalten haben, im Internet anzusehen. Die einzelnen Links seien in der Vorlage hinterlegt.

Zur Kenntnis genommen.

**12.9 Neuauflage der Broschüre „Wegweiser Wohnen in Köln,,
3120/2023**

Zur Kenntnis genommen.

**12.10 Fortführung der präventiven Hilfen zur Vermeidung eines Wohnungsverlustes (3201/2023)
0252/2024**

Wegen Beratungsbedarf zurückgestellt.

Der **Ausschussvorsitzende Herr Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen)** beendet die 22. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren in der Wahlperiode 2020 bis 2025 um 19:00 Uhr.

Gez.
Bauer Dahm, Vorsitzender

Gez.
Krämer, Schriftführer